

Pressespiegel

DIE REGION in Hannover

Mittwoch, 20. November 2019

**Restaurant ZeitFür, Landtag Niedersachsen, Hannah-Arendt-
Platz 1, 30159 Hannover**

Inhalt

Mehr Schlagkraft! Unsere Region schmiedet den Harz-Heide-Pakt	3
erschieden in Braunschweiger Zeitung am 22.11.2019	
Einsatz für die Region	4
erschieden in Braunschweiger Zeitung am 22.11.2019	
Pakt und Projektbüro sollen die Region voranbringen	5
erschieden in Braunschweiger Zeitung am 22.11.2019	
Jetzt kommt der Osten: Ein Pakt für die Region	8
erschieden in Wolfsburger Allgemeine Zeitung am 22.11.2019	
„Jetzt müssen Taten folgen“	10
erschieden in Wolfsburger Allgemeine Zeitung am 22.11.2019	
Programm als Hilfe zur Selbsthilfe	11
erschieden in Wolfsburger Zeitung am 22.11.2019	
Neue Dynamik des Zusammenhalts in der Region	13
erschieden in regionalwolfsburg.de am 22.11.2019	
Kampf fürs Positive	15
erschieden in Wolfsburger Nachrichten am 23.11.2019	
Kreis: Pakt der Region wirkt durch Taten	17
erschieden in Peiner Nachrichten 23.11.2019	
Die Region ist ein namenloses Produkt (Leserbrief)	18
erschieden in Wolfsburger Nachrichten am 26.11.2019	
Harz-Heide-Pakt	19
erschieden in Standort38 Ausgabe DEZ 2019/ JAN 2020	

Mehr Schlagkraft! Unsere Region schmiedet den Harz-Heide-Pakt

19 Abgeordnete und 50 weitere Akteure wollen für mehr Gehör in Land, Bund und EU sorgen.

Von Andre Dolle

Hannover. Ein neuer Zusammenschluss soll unsere Region deutlich voranbringen: Am Mittwochabend unterzeichneten Sprecher der regionalen Fraktionen von SPD, CDU, FDP und den Grünen in Hannover ein neues Bündnis: den Harz-Heide-Pakt.

Hinter dem Pakt stehen 19 Landtagsabgeordnete. Die AfD war nicht erwünscht. Etwa 50 weitere Vertreter unterstützen den Pakt, darunter Akteure aus Wirtschaft und Verwaltung. Sämtliche Oberbürgermeister und Landräte zwischen den Landkreisen Gifhorn und Goslar sind dabei, der Arbeitgeberverband Braunschweig, die Industrie- und Handelskammern Braunschweig und Lüneburg-Wolfsburg, die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade und Gewerkschaften.

Die Akteure gehen davon aus, dass unsere Auto-Region, die laut Pakt „mit Abstand größte Wirtschaftsregion in Niedersachsen“, in der Landesregierung in Hannover, in der Bundesregierung und auch bei der EU in Brüssel zu wenig beachtet wird. Das soll sich im Sinne

der etwa eine Million Menschen, die zwischen Harz und Heide leben, deutlich ändern.

Es soll nun regelmäßig parteiübergreifende Parlamentariertreffen geben. Drei- bis viermal pro Jahr wollen die Gesellschafter der Allianz für die Region, der Regionalverband Großraum Braunschweig, Gewerkschafter, der Landesbeauftragte Matthias Wunderling-Weilbier und andere zusammenkommen und wichtige Themen, die die Region betreffen, besprechen. Der FDP-Landtagsabgeordnete Björn Försterling aus Wolfenbüttel sagte: „Die Weddeler Schleife wird der erste Messgrad für den Harz-Heide-Pakt sein.“ Beim 150 Millionen Euro teuren Bahnprojekt zwischen Braunschweig und Wolfsburg fehlen noch 43 Millionen Euro.

Der Abgeordnete Christos Pantazis (SPD) sagte: „Das einzige Wort für den heutigen Abend ist: endlich.“ Endlich trete diese Region geschlossen auf. Das Wort Kirchturndenken fiel immer wieder.

Landesinnenminister Boris Pistorius (SPD) wurde von den Organisatoren des Abends am Nachmittag

im Foyer des Landtags angesprochen. Er kam spontan ins Restaurant des Landtags hinzu, dem Treffpunkt der etwa 70 Akteure aus der Region. Als Außenstehender überraschte ihn, dass die Vertreter der Region in dieser Form noch nie zusammengekommen sind, sagte er. „Ich weiß gar nicht, warum Sie sich so klein machen.“ Die Region habe riesige Forschungscluster. „Um VW beneiden Sie alle.“

Dass der Pakt zum richtigen Zeitpunkt kommt, zeigt der von der Landesregierung am Mittwoch ins Leben gerufene Ostfrieslandplan. Der Abbau von Jobs bei Enercon und die geplante Tesla-Ansiedlung treffen Ostfriesland hart. Es geht um den Wettbewerb um Fördergelder. Dabei soll in unserer Region künftig ein Büro mit einer kleinen Gruppe von Spezialisten von der Allianz für die Region und dem Amt für regionale Landesentwicklung sorgen.

Debatte, Antworten



Reden Sie mit!

Was halten Sie vom Harz-Heide-Pakt?

braunschweiger-zeitung.de

Einsatz für die Region

Erschienen in Braunschweiger Zeitung am 22.11.2019

LEITARTIKEL

Von **Andre Dolle**
zum neuen
Harz-Heide-Pakt



„Die Zeit wird zeigen, ob der Pakt das Papier wert ist, auf dem er besiegelt wurde.“

Einsatz für die Region

Ein Pakt, das hört sich gut an. Das klingt nach Dynamik, nach Gemeinsinn. Nach großen Zielen. Einen solchen Pakt haben nun parteiübergreifend 19 Landtagsabgeordnete aus unserer Region geschmiedet: den Harz-Heide-Pakt. Entscheider aus Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften und Wissenschaft unterstützen den Pakt ausdrücklich. Ein Projektbüro soll schon bald helfen, dass deutlich mehr Fördergelder in unserer Region ankommen.

Wenn ich zu Besuch in meiner alten Heimat im Münsterland bin, muss ich immer wieder hören: „Wo wohnst du nochmal, in Braunschweig? Das ist im Osten, oder?“

Unsere Region ist großartig. Nur sollten das auch andere endlich merken. Das steckt hinter der Idee. Das sagt zwar keiner so deutlich, aber irgendwie ist das schon so. An Selbstbewusstsein mangelt es nicht. Das ist ja auch gut. Denn diese starke Wirtschaftsregion mit den vielen Unis und Hochschulen, den vielen Großunternehmen und Forschungseinrichtungen, hat tatsächlich viel zu bieten.

In der Region Weser-Ems war man schon immer sehr findig beim Einholen von Fördermitteln. Da gönnt der eine Landkreis dem anderen ein neues Projekt. „Die stehen wie ein Spargel“, hat Ex-Ministerpräsident Glogowski den Korpsgeist im Nordwesten Niedersachsens mal beschrieben. Unsere Region, die vom Wettbewerb der beiden Großstädte Braunschweig und Wolfsburg, vom Gegensatz zwischen Stadt und Land, geprägt ist, hat da noch viel aufzuholen. Da kann der Pakt nur helfen.

Die Zeit wird zeigen, ob der Pakt das Papier wert ist, auf dem er besiegelt wurde. Ein erster Prüfstein sei der Ausbau der Bahnstrecke Weddeler Schleife, hieß es am Mittwochabend von den Verantwortlichen selbst. Sehr gut, es wird gleich konkret. Und mehr Gemeinsinn kann unsere Region sehr gut gebrauchen. Gerade jetzt, wo zum Beispiel ein so wichtiger Fürsprecher wie der Goslarer Sigmar Gabriel kein Amt und Mandat mehr hat. Gerade jetzt, wo der Riese VW mitten in einem großen Transformationsprozess steckt.

Pakt und Projektbüro sollen die Region voranbringen

Erschienen in Braunschweiger Zeitung am 22.11.2019

Pakt und Projektbüro sollen die Region voranbringen

Die Kreise und Städte zwischen Gifhorn und Goslar fühlen sich stark. Das sollen nun auch die in Hannover, Berlin und Brüssel erkennen.



Die Landtagsabgeordneten haben sowieso die Aufgabe, ihren Wahlkreis in der Landeshauptstadt Hannover zu vertreten. Meine Meinung ist, dass ein solches Unterfangen wie der Harz-Heide-Pakt für einen Moment Pressewirbel verursacht – und dann eingeht wie eine Primel.

Das meint unser Leser Harald Menges.

Zum Thema recherchierte Andre Dolle.

Hannover. Die Szenerie erinnerte an die Ritter der Tafelrunde. Statt Ritter kamen am Mittwochabend etwa 70 Entscheider aus unserer Region in Hannover in einer großen, großen Runde zusammen. Nicht in Camelot, sondern in einem Gebäude des Landtags. König Artus war nicht da, dafür sprang spontan Landesinnenminister Boris Pistorius ein. Am Nachmittag wurde er im Foyer des Landtags gefragt, ob er nicht dabei sein möchte, wenn – abgesehen von der AfD – sämtliche 19 Landtagsabgeordneten aus unserer Region den neuen Harz-Heide-Pakt schmieden. Pistorius wollte.

Der Minister saß am Kopf des Tisches und schwieg lange. „Ich bin nur hier wegen der Leckereien aus dem Braunschweiger Land“, scherzte Pistorius. Er habe den Außenblick auf die Region. Und doch kenne er den Raum zwischen Harz und Heide seit 30 Jahren. Pistorius war bereits Anfang der 90er enger Mitarbeiter des damaligen Innenministers Gerhard Glogowski aus Braunschweig. „Mich überrascht, dass Sie so noch nie zusammengekommen sind“, sagte Pistorius zu den Landtagsabgeordneten und etwa 50 weiteren Vertretern im

Raum. Es waren Akteure aus Wirtschaft und Verwaltung. Oberbürgermeister und Landräte zwischen den Landkreisen Gifhorn und Goslar waren dabei, der Arbeitgeberverband Braunschweig, die Industrie- und Handelskammern Braunschweig und Lüneburg-Wolfsburg, die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade, auch Gewerkschaften.

Es komme darauf an, sich als Region zu definieren. Daran habe es in der Vergangenheit gemangelt, schrieb Pistorius den Anwesenden ins Stammbuch. Deshalb sei es nicht zum so nötigen gemeinsamen großen Gewerbegebiet Salzgitters und Braunschweigs gekommen. Deshalb habe es bisher keine Fusion des Landkreises Helmstedt und Wolfsburg gegeben. Dann zitierte der Minister aus dem Kinofilm Star Trek 3 einen „legendären Satz von Spok“, wie Pistorius selbst sagte. Der lautet so: „Das Wohl von Vielen, es wiegt schwerer als das Wohl von Wenigen oder eines Einzelnen.“

So sehen es offenbar auch die Entscheider aus unserer Region mittlerweile selbst. Viele versprechen, das Kirchturmdenken hinter sich zu lassen. Aus vielen Wortbeiträgen klang großes Selbstbewusstsein heraus. VW hat seinen Konzernsitz in der Region. Die Region zählt zu den größten Forschungsregionen in ganz Europa. Sie sei lebenswert und attraktiv. Doch weiß man das auch außerhalb unserer Region? Und vor allem: Schlägt sich das auch in den Entscheidungen in Land, Bund und EU nieder? Zumindest ist hier noch viel Luft nach oben. So sehen es die Akteure selbst.

Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth (SPD) erklärte in Anlehnung an den Wahlspruch des Fußballclubs Bayern München: „Es geht nicht um ein Mia san Mia in Hannover, Berlin und Brüssel.“ Es gehe aber schon darum, die Region selbstbewusst zu vertreten. Die Einzelteile, also die Städte Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter sowie die Landkreise Gifhorn, Peine, Helmstedt, Wolfenbüttel und Goslar, könnten in der Zukunft immer weniger bewegen. Die EU kenne nur Regionen.

Markurth erinnerte daran, dass man sich einen Fauxpas wie bei der Weddeler Schleife in Zukunft nicht mehr erlauben dürfe. Noch sind längst nicht die kompletten 150 Millionen Euro für das zweite Gleis zwischen Braunschweig und Wolfsburg zusammen.

Der Landesbeauftragte Matthias Wunderling-Weilbier (SPD) verwies darauf, dass in der neuen EU-Förderperiode deutlich weniger Mittel ausgegeben werden können. Mit Großbritannien fällt nach dem Brexit ein großer Nettozahler weg. „Und die anderen sitzen auch nicht auf den Bäumen“, erklärte der Landesbeauftragte.

Ziel sei es, so Wunderling-Weilbier, ein neues Instrument zu etablieren, um auch konkrete und regional bedeutsame Projekte mit Fördergeldern zu unterstützen. Dafür sei ein neues Projektbüro geplant. Anfang Dezember soll es in die Wege geleitet werden. Es soll aus einer kleinen, schlagkräftigen Truppe aus fünf, sechs Spezialisten gebildet werden. Die Spezialisten sollen aus dem Amt für regionale Landesentwicklung von Wunderling-Weilbier und von der Allianz für die Region

abgestellt werden. Es soll einen zusätzlichen Steuerungskreis mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft geben. Gemeinsam sollen Großprojekte für die Region identifiziert, begleitet und zur Reife gebracht werden.

Wunderling-Weilbier: „Wir gehen nicht mehr mit der Geld-Gießkane durchs Land. Uns geht es um Großprojekte, die uns wirklich voranbringen und zukunftsfähig machen.“ Hier und da kam am Mittwochabend der Wunsch auf, sich unabhängiger von VW zu machen. Als Beispiele für Großprojekte nannte der Landesbeauftragte Wasserstoff-Antriebslösungen. Oder den neuen Mobilfunkstandard 5G.

Ganz so weit ist man offensichtlich noch nicht. Auch deshalb soll das Projektbüro geschaffen werden. Oliver Syring, Geschäftsführer der Allianz für die Region, die den Abend maßgeblich organisierte, sagte noch etwas vage: „Es geht hierbei um bahnbrechende und trendsetzende Großprojekte, die mit Fördermitteln von EU, Bund

und Land als Leuchtturmprojekte überregionale Strahlkraft entfalten, wovon alle profitieren werden.“

Positive Signale kamen aus der Wirtschaft. Helmut Streiff, der Präsident der IHK Braunschweig, sagte: „Wir begrüßen dieses Vorhaben, weil wir uns dafür einsetzen müssen, unsere Region im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte zu stärken.“ So entwickle sich unsere Wirtschaftsregion zu einem attraktiveren Lebens- und Arbeitsraum.

Doch der IHK-Präsident äußerte klare Vorstellungen und nahm die Versammelten in die Pflicht. „Ich finde es gut, was hier heute mit wohlformulierten Worten vorgetragen wurde“, sagte er. Er stellte jedoch eine rhetorische Frage: „Haben wir die Lobby, die wir brauchen?“ Er gab die Antwort selbst: „Nein. Wir müssen schneller werden.“ Und im Gegensatz zu manchem Vorredner sagte er: „Wir müssen für VW alles machen.“ Man dürfe auch die Finanzwirtschaft nicht vergessen, man müsse die Unis und

Hochschulen in der Region stärken, ebenso den Forschungsflughafen in Braunschweig.

Hinten im Raum saßen die Landtagsabgeordneten Frank Henning aus Osnabrück und Ulf Prange aus Oldenburg (beide SPD) und hörten sich all das interessiert an. Sie hatten wie Pistorius kurzfristig von der Veranstaltung erfahren. „Eigentlich wollten wir nur ein Wolters trinken“, sagte Henning. Und Prange: „Wir wussten nicht, dass das hier so förmlich wird.“ Prange ist Chef der Weser-Ems-Gruppe, einem Zusammenschluss der SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Nordwesten Niedersachsens. „Wir haben genau dieselben Probleme wie ihr im Braunschweiger Land“, sagte er. Der Abend sei schon beeindruckend. Doch die interkommunale Zusammenarbeit, auch die partiübergreifende Zusammenarbeit, funktioniere auch ohne Pakt und Projektbüro in Weser-Ems schon ganz gut. Unsere Region holt beim Zusammenhalt gerade auf.



Das gab es noch nie: In einem Nebengebäude des Landtags in Hannover tagten etwa 70 Entscheider aus unserer Region. Sie besprachen den Harz-Heide-Pakt. Im Hintergrund steht Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth und begrüßte die Teilnehmer. Vier Landtagsabgeordnete aus unserer Region unterzeichneten später den Pakt. Die AfD wurde ganz bewusst nicht berücksichtigt.

FOTOS: ALLIANZ FÜR DIE REGION /SASCHA GRIMMANN



Innenminister Boris Pistorius (SPD) kam spontan dazu, als er am Nachmittag von dem Treffen hörte. Links neben ihm sitzen die Moderatoren des Abends, Stefanie Gollasch, Chefredakteurin Madsack Medien Ostniedersachsen (halb verdeckt), und Armin Maus, Chefredakteur unserer Zeitung.



Der Braunschweiger Christos Pantazis ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.



Der Wolfenbütteler Björn Försterling ist stellvertretender FDP-Fraktionschef.



Die Landtagsabgeordnete Imke Byl aus dem Landkreis Gifhorn sprach für die Grünen.



Landtags-Vizepräsident Frank Oesterhelweg (CDU) kommt aus dem Landkreis Wolfenbüttel.



Helmut Streiff spricht. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Braunschweig erklärte, er erwarte nun auch klare Ergebnisse vom neu gegründeten Harz-Heide-Pakt und vom geplanten Projektbüro.

Dokumentation

■ **Am Mittwoch** unterzeichneten die Landtagsabgeordneten Christos Pantazis (SPD), Frank Oesterhelweg (CDU), Imke Byl (Grüne) und Björn Försterling (FDP) stellvertretend für ihre regionalen Fraktionen den Harz-Heide-Pakt. Rund 50 Entscheider aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung unterstützen diesen ausdrücklich. Das steht im Dokument: „Die Region um Braunschweig-Wolfsburg-Salzgitter ist die zweitgrößte Wirtschaftsregion in Norddeutschland und die mit Abstand größte in Niedersachsen. Sie gilt auch als attraktive Region zum Leben und Arbeiten. Diese Fakten müssen sich in der Politik, in den Parlamenten und der Administration in Hannover, Berlin und Brüssel spiegeln.

Die im Niedersächsischen Landtag vertretenen Abgeordneten der Region und interessierte Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft finden sich im „Harz-Heide-Pakt“ zusammen. Dieser Pakt, den es in einer solchen Form noch nie gab, arbeitet gemeinsam am Ziel, die Interessen der Region gegenüber Dritten zu stärken. Die Mitglieder des Paktes unterzeichnen folgende Absichtserklärung: 1. Wir begründen den Harz-Heide-Pakt als überparteilichen Zusammenschluss der unterzeichnenden, im Niedersächsischen Landtag vertretenen Abgeordneten aus der Region sowie weiterer Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Unser Ziel ist, die regionalen Kräfte zu bündeln und so einen

Prozess in Gang zu setzen, der die Region Braunschweig-Wolfsburg weiter konstruktiv nach vorne bringen soll. 2. Bei politischen Vorhaben aus der Region streben wir größtmögliche Unterstützung im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum an. 3. Um die Kommunikation zu verbessern, a) werden zwei Parlamentarier-treffen p.a. konstituiert b) wird eine gemeinsame Zusammenkunft p.a. mit den Gesellschaftern der Allianz für die Region, dem Regionalverband Großraum Braunschweig, Vertretern der Gewerkschaften und weiteren Partnern sowie dem Landesbeauftragten für das Braunschweiger Land eingerichtet. Hier werden Parlamentarische Abende und weitere Ak-

tionen vorbesprochen. c) werden direkte Gesprächskanäle zwischen den einzelnen Akteuren geschaffen. Die Kommunikation zur Konstituierung und den nachhaltigen Bestand des Harz-Heide-Paktes übernehmen im Wechsel und nach Absprache die Sprecher/innen der regionalen Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen. Braunschweig, 20. November 2019“



Jetzt kommt der Osten: Ein Pakt für die Region

Mehr Zusammenarbeit, weniger Kirchturmdenken: Die Ziele der Allianz für die Region haben sich jetzt auch die Landtagsabgeordneten aus dem Raum Braunschweig-Wolfsburg zu eigen gemacht. Gemeinsam wollen sie ihre Heimatregion stärker voranbringen – aber auch andere Akteure vernetzen sich künftig enger als bisher.

VON JAN TIEMANN

HANNOVER. Die Region Braunschweig-Wolfsburg hat viele Stärken – sie muss sie nur noch besser nutzen und herausstellen. „Sie sind die größte Wirtschaftsregion Niedersachsens und eine der forschungsintensivsten in Europa, Sie können viel selbstbewusster auftreten“, empfahl Innenminister Boris Pistorius (SPD) am Mittwochabend in Hannover den Akteuren des Bündnisses Allianz für die Region.

Der Politiker war spontaner Gast einer Auftaktveranstaltung der Allianz mit mehr als 60 Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik aus Braunschweig, Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg. Ziel des Abends: Die Teilnehmer wollen künftig noch enger zusammenarbeiten, auch um der Bedeutung der Region in der Landespolitik stärkeres Gewicht zu verleihen. Pistorius begrüßte die geplante stärkere Zusammenarbeit und zitierte aus einer, wie er sagte, „legendären Szene“ aus dem Film „Startrek III“: „Das Wohl von Vielen wiegt schwerer als das Wohl von Wenigen oder Einzelnen.“

Erste konkrete Rückendeckung aus der Politik gibt es bereits. Die Landtagsabgeordneten Dr. Christos Pantazis (SPD), Frank Oesterhelweg (CDU), Imke Byl (Grüne) und Björn Försterling (FDP) zeigten, dass sich das oft erwähnte „Kirchturmdenken“ überwinden lässt: Gemeinsam unterzeichneten sie den „Harz-Heide-Pakt“ als überparteilichen Zusammenschluss, den es in dieser Form noch nie gab. Die Abgeordneten wollen die Region gemeinsam stärken und streben „größtmögliche Unterstützung im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum an“. Dazu solle es regelmäßige Treffen geben.

„Mehr als eine Million Menschen leben in unserer Region“, so Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth (SPD). Diese Größe müsse stärker zur Geltung kommen. Er appellierte an Geschlossenheit im Auftreten der Kommunen, über die eigenen Zuständigkeiten hinaus. Das große Potenzial etwa bei Mobilitätskonzepten, Infra-

strukturprojekten, Regionalverkehr und ÖPNV könne gemeinsam viel besser genutzt werden, als wenn jeder nur an sich denkt. „Es liegt nicht am Geld, Geld ist da“, meint Markurth. „Wir müssen darstellen, wofür wir das Geld brauchen, um früh in Förderkulissen reinkommen.“

„Wir stehen im Wettbewerb um Fördermittel, die im europäischen Haus weniger werden“, sagte auch Matthias Wunderling-Weilbier, Landesbeauftragter des Amtes für regionale Landesentwicklung in Braunschweig. „Um Projekte voranzubringen, brauchen wir drei Treiber: die kommunale Familie, die Wirtschaft und die Wissenschaft.“ Gemeinsam würden diese drei Einheiten zukunftsfähige Strategien entwickeln. Dies solle ausgebaut werden, um eine neue Dynamik des Zusammenhalts zu erreichen. Das neue Projektbüro Südost-Niedersachsen sei die zentrale Anlaufstelle. Es greift Projekte und Ideen auf, setzt diese um und kümmert sich um das Fördermanagement.

Nach dem Auftakt soll das

Konzept des Projektbüros jetzt mit dem Land, den Kommunen und regionalen Akteuren angestimmt und auf den Weg gebracht werden. Das nächste Treffen in großer Runde ist für Sommer 2020 geplant.

” Sie sind die größte Wirtschaftsregion Niedersachsens, Sie können viel selbstbewusster auftreten.

Boris Pistorius
Innenminister



FOTOS (2): ALLIANZ FÜR DIE REGION/SASCHA GRAMANN

„Jetzt müssen Taten folgen“

Erschienen in **Wolfsburger Allgemeine Zeitung** am **22.11.2019**

„Jetzt müssen Taten folgen“

Der **Peiner Landrat Franz Einhaus (SPD)** begrüßt, dass die Region stärker zusammenwachsen soll. Es sei wichtig, dass die Allianz für die Region eingebunden ist, so bestehe für den ländlichen Raum die Chance, Fördermittel in die Fläche zu bekommen. „Diesen guten Beiträgen bezüglich des Regionalbewusstseins müssen nun auch Taten folgen“, sagt Einhaus. Insbesondere müsse eine Balance zwischen den Oberzentren und den Landkreisen gewährleistet werden. Das gelte vor allem für technologieorientierte Infrastrukturvorhaben.

Wolfsburgs Oberbürgermeister Klaus Mohrs (SPD) ist „sehr be-

geistert“ von dem Modell, das vorgestellt wurde. So könnten Projekte gepusht und Fördermittel von außerhalb gewonnen werden. „Dabei geht es nicht um pauschale Summen – wir müssen Projekte entwickeln, die förderfähig sind.“

Mit dem neuen Projektbüro werde der Weg „Denken in Regionen und Wirtschaftsräumen“ verstetigt und zur Stärkung aller beteiligten Kommunen beitragen, ist der **Gifhorner Landrat Dr. Andreas Ebel** überzeugt. Aufgrund der großen aktuellen Herausforderungen „ist das Projektbüro ein Gewinn für die Region und somit ein Gewinn für jeden Bürger“.

Programm als Hilfe zur Selbsthilfe

Erschienen in **Wolfsburger Allgemeine Zeitung** am **22.11.2019**

Allianz für die Region

Programm als Hilfe zur Selbsthilfe

Für den Raum Südniedersachsen ist unter dem Titel „Südniedersachsenprogramm“ eine Förderinitiative aufgelegt und ein eigenes „Projektbüro Südniedersachsen“ geschaffen worden. Dort kooperieren seit 2015 die Landkreise Göttingen, Northeim, Osterode, Holzminden, Goslar und die Stadt Göttingen erfolgreich miteinander. Redakteur Jan Tiemann interviewte den Göttinger Landrat Bernhard Reuter (SPD).

Was waren die Beweggründe, das Südniedersachsenprogramm ins Leben zu rufen?

Südniedersachsen stand – und steht noch – vor besonderen Herausforderungen. Die Region ist vergleichsweise strukturschwach, vom demografischen Wandel stark betroffen und war lange politisch zersplittert. Der Grund, das Südniedersachsenprogramm ins Leben zu rufen, war Hilfe zur Selbsthilfe. Kurz gesagt hat das Land einen Teil der EU-Fördermittel für Südniedersachsen reserviert und gesagt, jetzt müsst ihr gute Projekte entwickeln und die Mittel abrufen. Es ging darum, die strukturellen Nachteile ein Stück weit auszugleichen, um Südniedersachsen gleiche Startbedingungen zu ermöglichen. Im Gegenzug haben sich die Landkreise und die Stadt Göttingen verpflichtet, das Kirchturndenken aufzugeben und gemeinsam anzustrengen, ihr Potenzial zu nutzen. Beides hat hervorragend funktioniert. Es ist ein Geist des Aufbruchs entstanden.

Koordiniert wird die Zusammenarbeit über ein Projektbüro. Wer trägt es, und woher kommt das Personal?

Im Projektbüro spiegelt sich die gemeinsame Arbeit von Land, Landkreisen und Stadt Göttingen wider. Es wird von allen Partnern gemeinsam getragen. Die Leitung kommt vom Land, die Beschäftigten aus den Kommunen. Das sichert den engen Austausch horizontal und vertikal, also mit dem Land und zwischen den Kommunen. Die Aufgabe des Büros ist zum einen, die gemeinsamen Gremien zu koordinieren, zum anderen ist es der operative Arm des Programms. Hier werden konkrete Projekte gesammelt, bewertet, koordiniert und vorangetrieben. Die positive Zusammenarbeit im Projektbüro hat mitgeholfen, auch die Kooperationskultur zwischen den Kreisverwaltungen zu entwickeln.

Wie viele Fördergeld konnte denn bereits eingeworben werden? Und wofür wird es verwendet?

Es wurden bislang knapp 105 Millionen Euro eingeworben. Eine beachtliche Zahl. Damit wurden 33 Projekte bezuschusst, überwiegend im Bereich virtuelle Mobilität. Hier geht es um den Breitbandausbau, die Digitalisierung in Handwerk und Handel, Online-Angebote und vernetzte Lösungen in der medizinischen Versorgung oder der Abfallwirtschaft. Zweistellige Millionenbeträge sind auch in die Daseinsvorsorge mit Projekten zur Entwicklung der Dörfer, in den Wissenstransfer - zum Beispiel den Südniedersachsen-Innovations-

campus - und in die Mobilität geflossen. Hier wurden unter anderem

das Projekt EcoBus und die Reaktivierung der Bahnstrecke Einbeck-Salzderhelden gefördert.

Woher stammen die Zuschüsse?

Das Spannende ist, nur ein Bruchteil der Fördermittel, rund 16 Prozent, stammt von der EU. Dabei zielte das Programm auf diese Mittel ab. Der Rest kommt vom Bund, dem Land und anderen Fördermittelgebern. Das Südniedersachsenprogramm hat eine Dynamik und Qualität in der Fördermittelakquise erzeugt, die sonst nicht möglich gewesen wäre.

Wie sehen Sie die Chancen derartiger Kooperationen?

Das Südniedersachsenprogramm ist keine Blaupause, die eins zu eins übernommen werden kann. Das Südniedersachsenprogramm kann aber ein Vorbild sein, wie Kooperation entstehen kann, wenn die Bedingungen dafür gegeben sind. Die Erfolgsfaktoren sind die Überwindung des Kirchturndenkens, die fordernde Unterstützung des Landes, günstige politische Konstellationen und die Bereitschaft seine Zeit, Kraft und auch Geld in Projekte zu investieren, deren Nutzen nicht unmittelbar dem eigenen Landkreis zugute kommt. Das wichtigste aber: Menschen mit Urteilsvermögen und Führungskraft, die sich etwas Neues trauen! Die Chance ist groß, dass dann durch die Stärkung der Region mittelbar ein positiver Effekt eintritt. Ich kann mit meiner Erfahrungen nur sagen: traut euch!

**” Süd-niedersachsen
stand – und steht noch –
vor besonderen
Herausforderungen**

Bernhard Reuter
Göttinger Landrat

**” Ich kann mit
meiner Erfahrung
nur sagen:
traut euch!**

Bernhard Reuter
Göttinger Landrat



**Weiß, dass sich
Vernetzung auszahlt:
Der Göttinger Landrat
Bernhard Reuter (SPD).**
FOTO: SWEN PFÖRTNER

Neue Dynamik des Zusammenhalts in der Region

Erschienen in regionalwolfsburg.de am 22.11.2019

Neue Dynamik des Zusammenhalts in der Region



Repräsentanten aus der Region Braunschweig-Wolfsburg kamen mit den regionalen Landtagsabgeordneten in Hannover zusammen, um über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu diskutieren.

Braunschweig / Hannover. Wie kann sich die Region Braunschweig-Wolfsburg künftig besser organisieren? Das diskutierten vergangenen Mittwochabend auf Initiative der Allianz für die Region rund 60 geladene Vertreter aus der regionalen Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik in einer Veranstaltung in Hannover. Hierüber berichtet die Allianz für die Region GmbH in einer Pressemitteilung.

Mit dabei waren 19 Landtagsabgeordnete aus den Städten und Landkreisen Braunschweig, Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg, die parteiübergreifend die mit Abstand größte regionale Gruppe im Landesparlament sind. Im Fokus standen vor allem das Fördermittelmanagement zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes und der wirkungsvoll verbesserte Einfluss auf die Entscheidungen in der niedersächsischen Landespolitik, aber auch in der Bundes- und Europapolitik. "Die Bedeutung der größten Wirtschaftsregion Niedersachsens wird künftig im niedersächsischen Parlament und in der Landespolitik wesentlich prägnanter sichtbar werden", lautete das Fazit von Ulrich Markurth, Aufsichtsratsvorsitzender der Allianz für die Region. Er betonte die Notwendigkeit, sich als regionale Einheit zu positionieren und den Regionsgedanken zu leben, um die Region im Wettbewerb mit anderen Standorten voranzubringen.

Gemeinsam ein Netzwerk festigen

Die Veranstaltung "Die Region in Hannover" fokussierte dabei vor allem eines: Möglichst viele Akteure aus der Region zu versammeln, um gemeinsam das kooperative Netzwerk für die Region Braunschweig-Wolfsburg mehr und mehr zu festigen. Sie stellte auch eine erste konkrete Idee zur künftigen Zusammenarbeit zur Diskussion. Der Landesbeauftragte Matthias Wunderling-Weilbier unterstrich die Bedeutung und die Kraft dieser Region: "Die Entfaltung der regionalen Stärke hängt im Wesentlichen ab von drei Treibern: Die kommunale Familie, die Wirtschaft und die Wissenschaft. Bereits jetzt werden in der Region gemeinsam zukunftsfähige Strategien entwickelt. Wir wollen diese Stärke ausbauen und somit eine neue Dynamik des Zusammenhalts erreichen", sagte Wunderling-Weilbier.

Neue Wege der Fördermittelakquise für Leuchtturmprojekte

Ziel sei es, dafür ein neues Instrument zu etablieren, um auch konkrete und regional bedeutsame Projekte mit Fördergeldern zu unterstützen. Gemeinsam sollen entsprechende zukunftsfähige Ideen identifiziert und umgesetzt werden. Die operative Arbeit soll in einem Projektbüro erfolgen. Die Allianz für die Region und das Amt für regionale Landesentwicklung übernehmen in diesem Büro gemeinsam die Verantwortung. Beide Partner können auf ein breitgefächertes Erfahrungsportfolio in der Regionalentwicklung und der Projektarbeit zurückgreifen.

Positive Signale aus der Wirtschaft

"Es geht hierbei um bahnbrechende, trendsetzende Großprojekte, die mit Fördermitteln von EU, Bund und Land als Leuchtturmprojekte überregionale Strahlkraft entfalten, wovon alle profitieren werden", betonte Oliver Syring, Geschäftsführer der Allianz für die Region. Das Projektbüro sei dabei zentrale Anlaufstelle für alle Akteure aus der Region, um sie bei ihren Vorhaben aus einer Hand zu unterstützen.

Positive Signale kommen auch aus der Wirtschaft: "Wir begrüßen dieses Vorhaben, weil wir uns definitiv dafür einsetzen müssen, unsere Region im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte zu stärken. So entwickelt sich unsere Wirtschaftsregion zu einem noch attraktiveren Lebens- und Arbeitsraum", sagte Helmut Streiff, Präsident der IHK Braunschweig.

Nach diesem Auftakt wird das Konzept des Projektbüros jetzt mit dem Land, den Kommunen und weiteren regionalen Akteuren abgestimmt und anschließend auf den Weg gebracht.

Die regionalen Landtagsabgeordneten von CDU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen stellen mit 19 Parlamentariern die mit Abstand größte regionale Gruppe im Landtag dar. Die Sprecher der Parteien versicherten abschließend, sich bei Vorhaben aus der Region nach Möglichkeit gegenseitig auch überparteilich zu unterstützen.

Abgeordnete unterzeichnen Absichtserklärung/h2>

Sie finden sich in einem sogenannten "Harz-Heide-Pakt" zusammen, in dem sie gemeinsam die Interessen der Region Braunschweig-Wolfsburg gegenüber Dritten stärken und in einem breiten Bündnis mittelfristig die Abbildung der Region forcieren wollen. Mit diesem überparteilichen Zusammenschluss wollen die Landtagsabgeordneten die regionalen Kräfte bündeln und so einen Prozess in Gang setzen, der die Region Braunschweig-Wolfsburg weiter konstruktiv nach vorne bringt. Für Dr. Christos Pantazis, Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages für den Wahlkreis Braunschweig-Nord, ist das ein Schritt in die richtige Richtung. "Die heutige Zusammenkunft hier in Hannover war einzigartig und ist der Beginn von etwas ganz Großem, ein Gewinn für unsere Region", sagte Pantazis abschließend. Der Sprecher der regionalen SPD-Fraktion übernimmt als erster von vier Fraktionssprechern die in der Erklärung vereinbarte Kommunikation zur Konstituierung und den nachhaltigen Bestand des Harz-Heide-Paktes.

Das nächste Mal kommen die Anwesenden in großer Runde im Sommer 2020 zusammen: "Nach drei parlamentarischen Abenden in Berlin legen wir jetzt auch einen kraftvollen Blick auf die Landespolitik und wollen mehr Einfluss für die Region Braunschweig-Wolfsburg nehmen. Es geht auch darum noch deutlicher zu machen, dass Investitionen in unsere Region die Zukunft des ganzen Landes Niedersachsen sicherstellt. Aus diesem Grund findet unser vierter parlamentarischer Abend Mitte des nächsten Jahres in Hannover statt", verriet abschließend Dr. Frank Fabian, Geschäftsführer der Allianz für die Region.

Kampf fürs Positive

Erschienen in **Wolfsburger Nachrichten** am **23.11.2019**

Kampf fürs Positive

Der gute Vorsatz leihet dem Eid die Kraft, nicht Eid auf jeden Vorsatz darf uns binden. William Shakespeare

Wenn es etwas gibt, bei dem wir allgemeinen Überdruß vermuten dürfen, dann ist es das Lamento über die Uneinigkeit unserer Region. Alle sehen, dass wirklich wichtige Projekte nicht vorankommen, weil es an durchschlagkräftiger Lobby fehlt. Und trotz aller Beschwerden änderte sich über lange Jahre nichts.

Bis zu dieser Woche. Statt weitere folgenlose Klagegesänge anzustimmen, haben entscheidende Mitgestalter unserer Zukunftschancen den Sprung nach vorn gewagt. Mancher dürfte dabei seinen eigenen Schatten überquert haben: Seit Mittwoch sind mindestens die Abgeordneten des Landtages, die politischen Köpfe der Kreise und kreisfreien Städte, die Kammern nebst allen anderen Gesellschaftern der „Allianz für die Region“ und das Landesamt für regionale Landesentwicklung im Wort. Gemeinsam, so klang es aus dem Landtagsgebäude, wollen sie für die Realisierung der großen Projekte kämpfen. Die Abgeordneten verordneten sich regelmäßige Konsultationen und bekannten sich zu einer parteiübergreifenden Verantwortung für diese Region.

Einigkeit schafft Kraft. Wie wichtig das ist, hatte als Überraschungsgast ausgerechnet der Osnabrücker im Saal festgestellt. Innenminister Boris Pistorius sagte: „Ich weiß nicht, warum Sie sich so klein machen!“ Allein schon wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Forschungseinrichtungen werde die Region Braunschweig-Wolfsburg von allen beneidet. Da hat er Recht. Aber trotzdem ist festzustellen, dass die Durchsetzung regionaler Interessen in Hannover, Berlin und Brüssel bisher

viel seltener gelang, als man es erwarten dürfte. Da stellt sich die Heimat des Innenministers geschickter an. Vor dem Hintergrund des Marathondebakels um den Ausbau der Weddeler Schleife und anderer ähnlicher Quellen der Qual bedeutet Pistorius' Feststellung: Diese Region hat aus ihrer Stärke zu oft nicht viel gemacht. Das ist nicht einfach nur ärgerlich. Das bisherige Nebeneinander war

Ausdruck einer gewissen kollektiven Verantwortungslosigkeit. Auch am Mittwoch saßen einige am Tisch, die noch immer mehr oder weniger offen der Meinung sind, man komme auch ohne die anderen gut zurecht. Erstaunlicherweise haben aber auch sie der Deklamation zugestimmt. Die Dynamik, die die „Allianz für die Region“, der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier, die Oberbürgermeister Markurth und Mohrs, nicht zuletzt die Kammern und einige weitere Engagierte entwickelten, mag sie beeindruckt haben.

Das ist ein Grund zur Freude. Was vor wenigen Jahren kaum einer für möglich gehalten hätte, wird Realität. Wir dürfen von der neugewonnenen Eintracht zwar keine Wunder erwarten. Nicht alles, was für unsere Region sinnvoll wäre, passt in die politische und insbesondere finanzpolitische Großwetterlage. Aber wenn manches Nichtverhältnis zur Kampfgemeinschaft mutieren sollte, würden die Erfolgchancen steigen.

Man soll den Schwung nicht unterschätzen, den ein günstiger Moment verleiht. Die alten Griechen wussten, warum sie sich Kairos, diesen Moment, als Gott vorstellten. Wer glaubt, mit dem erfreulichen Ausgang des Treffens sei schon das Werk getan, riskiert die eigene Glaubwürdigkeit. Groß sind die Erwartungen; wer sie ent-

täuscht, sollte mit massiver Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger rechnen – und gefährdet das Engagement derer, die mehr tun, als ihre Stellenbeschreibung sagt.

Dazu passt das Motto, das Bundesforschungsministerin Anja Karliczek am selben Tag am Rande des Interviews mit unserer Zeitung formulierte: Wir müssen aufhören, den Bürgern etwas zu versprechen, was wir nicht halten. Wir müssen uns entscheiden und es dann auch gut machen. Karliczek gibt die beste Antwort auf Bürgerfrust. In diesem Sinn sollte allen Teilnehmern der Hannoverschen Versammlung klar sein, dass sie liefern müssen.

Bürgerfrust ist ein Nährboden für die Partei, die sich „Alternative für Deutschland“ nennt. Bei Themen wie der grotesk überhitzten Diesel-Diskussion erscheint sie als eine der wenigen politischen Stimmen der Vernunft. Leider ist sie aber weder willens noch fähig, klare Grenzen zum Rechtsextremismus zu ziehen. Wer die Einlassungen ihrer Galionsfiguren Gauland und Weidel anlässlich der Abwahl des Rechtsaußen Stephan Brandner gehört hat, verliert die Hoffnung, dass sich daran etwas ändern könnte. Deshalb mobilisiert diese Partei gerade in unserer Region massiven Widerstand. Starke Gewerkschaften, eine sich hier klar artikulierende Landeskirche und ein Bündnis aus 160 Organisationen wollen am kommenden Wochenende während des Bundesparteitags der AfD in Braunschweig ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit setzen.

Dem ist größtmöglicher Erfolg zu wünschen – solange der Protest friedlich bleibt und die Rechte der AfD und ihrer Delegierten respektiert werden. Diese Partei ist demokratisch legitimiert und hat jedes

Recht, sich zu versammeln.

Die Polizei steht vor einer gewaltigen Aufgabe. Chaostage wie beim Weltwirtschaftsgipfel in Hamburg darf es nicht geben. Die Ordnungshüter sind sich ihrer Verantwortung bewusst, sie informieren offensiv und schaffen damit Transparenz. Aus dem Protest-Bündnis heraus wurde der Polizei deshalb gestern „Stimmungsmache“ vorgeworfen, von „skandalösen“ Auflagen ist die Rede. Aktivisten wie David

Janzen und Verdi-Bezirksgeschäftsführer Sebastian Wertmüller, die immer wieder durch besonders scharfe Stellungnahmen gegen Rechtsaußen auffallen, riskieren damit die bemerkenswerte Einigkeit der wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte. Polizei und die Ordnungsbehörde haben für die Sicherheit zu sorgen, sie müssen auch die Versammlungsfreiheit der anderen verteidigen. Wer sie für ihre Vorsorge attackiert, sollte sich

fragen, ob es ihm nur um ein klares Zeichen für ein tolerantes und weltoffenes Braunschweig geht.

Positive Botschaften tun Not. Man kann sich, auch wenn es in aufgeheizter Stimmung schwerfällt, ein Beispiel an den vielen Leserinnen und Lesern nehmen, die sich bei unserer Aktion „Seid nett zueinander“ zu Wort melden. Scharfmacherei arbeitet nur den falschen Leuten in die Hände!

DIESE WOCHE

Armin Maus,
Chefredakteur unserer Zeitung, über
Regionsgipfel und AfD-Protest



„Ein breites Bündnis will ein Zeichen gegen Rassismus setzen. Dem ist Erfolg zu wünschen – solange der Protest friedlich bleibt und die Rechte der AfD respektiert.“

Kreis: Pakt der Region wirkt durch Taten

Erschienen in **Peiner Nachrichten** am **23.11.2019**

Kreis: Pakt der Region wirkt durch Taten

Der Kreis und die Stadt sind Mitunterzeichner des Toleranz-Aufrufs.

Von Thomas Stechert

Peine. Die Region im Braunschweiger Land rückt zusammen – und Peine ist dabei. Am Mittwoch schmiedeten die Landtagsabgeordneten aus diesem Raum mit rund 50 weiteren Akteuren den „Harz-Heide-Pakt“. Durch verstärkte Kooperation soll die Bedeutung dieser größten Wirtschaftsregion Niedersachsens in der Landespolitik sowie auf Bundes- und Europaebene prägnanter sichtbar werden, wie unsere Zeitung ausführlich berichtete. Bei

der Veranstaltung auf Initiative der „Allianz für die Region“ vertrat Landrat Franz Einhaus den Landkreis Peine. Der positive Ertrag der Diskussion, so dessen Beurteilung, seien „gute Beiträge bezüglich des Regionalbewusstseins“. Es sei nur zu begrüßen, wenn die Region stärker zusammenwachse. Zugleich mahnte er an, dass den guten Beiträgen auch Taten folgen müssten: „Insbesondere muss eine Balance zwischen den Oberzentren und den Kreisen gewährleistet werden. Das

gilt besonders für technologieorientierte Infrastrukturvorhaben.“

Friedlich und weltoffen

Einhaus und der Peiner Bürgermeister Klaus Saemann (SPD) gehören außerdem zu den Unterzeichnern eines Aufrufs der Hauptverwaltungsbeamten der Region „für eine friedliche, weltoffene Region“. Ein Hintergrund dafür ist der bevorstehende AfD-Bundestag in Braunschweig. Mehr zu dem Aufruf auf der Seite „Region“.



„Die Balance zwischen Oberzentren und Landkreisen muss gewährleistet werden.“

Franz Einhaus, Landrat des Landkreises Peine, zum Harz-Heide-Pakt

Die Region ist ein namenloses Produkt (Leserbrief)

Erschienen in **Wolfsburger Nachrichten** am 26.11.2019

Die Region ist ein namenloses Produkt

Zum gleichen Thema:

Es ist zweifellos ein gutes Signal, dass die Landtagsabgeordneten von SPD, CDU, Grünen und FDP in Form eines „Harz-Heide-Pakts“ enger zusammenarbeiten möchten, um die Region gemeinsam stärker voranzubringen. Dass unsere Region noch keinen aussagekräftigen Namen hat, ist und bleibt aber ein riesiger Nachteil. Wir haben mit der Region quasi ein namenloses Produkt. Eine vernünftige Außenwirkung kann man damit nicht entfalten.

Als der Vorläufer der Allianz für die Region GmbH, die Projektregion Braunschweig GmbH, im Jahr 2005 gegründet wurde, hieß es, man wolle erstmal eine gewisse Zeit arbeiten, bevor abschließend über einen endgültigen Namen entschieden wird. Anfang 2013 gab es die Umbenennung in Allianz für die Region. Weniger Profil beim Namen geht eigentlich nicht. Und damit will man ernsthaft eine Region europaweit bekanntmachen, erfolgreich Marketing betreiben, und für die Region werben? „Region Braunschweig Wolfsburg“ wäre die naheliegende und konsequente Lösung.

Hans-Joachim Throl, Wolfsburg

Harz-Heide-Pakt

Erschienen in Standort38 Ausgabe DEZ 2019/ JAN 2020



Repräsentanten aus der Region Braunschweig-Wolfenbüttel kamen mit den regionalen Landtagsabgeordneten in Hannover zusammen, um über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts zu diskutieren.

HARZ-HEIDE-PAKT

MIT NEUER DYNAMIK DEN ZUSAMMENHALT DER REGION BRAUNSCHWEIG-WOLFENBÜTTEL STÄRKEN

Auf Initiative der Allianz für die Region diskutierten vergangenen Mittwoch rund 60 Vertreter aus der hiesigen Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Politik, über die zukünftige Organisation der Region Braunschweig-Wolfenbüttel. Im Fokus standen vor allem das Fördermittelmanagement zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandortes und der verbesserte Einfluss auf die Entscheidungen in der nie-

dersächsischen Landespolitik, aber auch in der Bundes- und Europapolitik. Mit dabei waren 19 Landtagsabgeordnete aus den Städten und Landkreisen Braunschweig, Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfenbüttel, die parteiübergreifend die mit Abstand größte regionale Gruppe im Landesparlament sind und die sich zukünftig im „Harz-Heide-Pakt“ organisieren wollen.